



Stadt Zofingen

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode 2006/09

3. Sitzung

Montag, 16. Juni 2008

17.30 – 19.58 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Käthi Hagmann, Ratspräsidentin

Protokollführer

Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

39 Mitglieder des Einwohnerrates

7 Mitglieder des Stadtrates

- Catrin Friedli-Accola, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Stabsdienste
- René Küng, Leiter Finanzen und Personal
- Peter Ruch, Feuerwehrkommandant
- Werner Ryter, Leiter Bau und Umwelt
- Heinz Schürch, Leiter Seniorenzentrum

Entschuldigungen

- Urs Siegrist, Einwohnerrat

<u>Traktanden</u>	<u>Seite</u>
1. Mitteilungen	278
2. Geschäftsberichte und Rechnungen	
GK 154 Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2007	279
3. Kreditbewilligungen	
GK 155 Schiessanlagen „Heitern“ und „Rottanne“ (Mühlethal) – umwelttechnische Sanierung und Einbau künstliche Kugelfänge Schiessanlage „Heitern“	290
GK 156 Ersatzbeschaffung des Schlauchverlegefahrzeugs (SVF) der Stützpunktfeuerwehr Zofingen	293
4. Parlamentarische Vorstösse	
GK 144 Interpellation der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Jugendgewalt in Zofingen – Bekanntheitsgrad und Massnahmen (Begründung und Beantwortung)	294
GK 145 Postulat der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Erhöhte Sicherheit für Schulkinder ums Gemeindeschulhaus Zofingen (Begründung und Beantwortung)	295
5. Umfrage	298

Begrüssung

Fr. Käthi Hagmann, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, die Kaderleute der Verwaltung, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne – insbesondere Mathias P. Müller, neuer Polizeichef ab 1. Juli 2008, und Stefan Wettstein, Polizeichef a. i. – zur dritten Sitzung im Jahr 2008.

Mitteilungen

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende Unterlagen verteilt:

- Sitzungsplan 2009
- Newsletter für den Einwohnerrat der Offenen Jugendarbeit
- Information des Bereichs Soziales der Stadt Zofingen über das Projekt Chance Z!

Die Abklärungen zu den Auswirkungen des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses Zofingen – Uerkheim sind bereits angelaufen. Das Büro des Einwohnerrates ist der Auffassung, dass dies ein sehr umfangreiches Geschäft wird, und fundierte Vorberatungen notwendig sein werden. Aus diesem Grund hat das Ratsbüro an seiner letzten Sitzung eine Spezialkommission beschlossen. Es wird eine 7er-Kommission geben, und die Fraktionen werden in den nächsten Tagen vom Stadtschreiber eine E-Mail erhalten, in welcher sie gebeten werden, sich Gedanken zur Besetzung sowie zum Präsidium der Kommission zu machen. Das Büro möchte die Kommission an der nächsten Einwohnerratssitzung vom 15. September 2008 während der Pause konstituieren können. Damit trotzdem alle einen Kaffee zu sich nehmen können, wird die Pause 20 Minuten dauern.

Neueingänge

Keine.

Art. 107**GK 154****Geschäftsbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2007**

Hr. Philipp Hangartner, Präsident der FGPK, hält fest, dass die FGPK und die externe Revisionsstelle im Frühling 2008 während dreier Wochen die Jahresrechnung sowie den Geschäftsbericht 2007 der Stadt Zofingen geprüft haben. Die FGPK-Mitglieder sind dabei folgendermassen vorgegangen:

- Sie haben wie immer die Finanzen – bestehend aus Jahresrechnung, Kreditabrechnungen, Kennzahlen und Finanzlage – angesehen und dann den Geschäftsbericht durchgearbeitet.
- Der zweite Teil der Prüfungen hat auf den Prüfungen der letzten beiden Jahre aufgebaut. Dabei hatte die FGPK die Aufbau- und Ablauforganisation der Stadtführung unter die Lupe genommen. Dieses Jahr hat sie sich darauf konzentriert, die Linie Stadtrat – Ressort – Bereich – Mitarbeitende etwas genauer zu beleuchten.
- Zum Schluss hat die FGPK noch eine Detailprüfung des Ressorts Sicherheit (Regionalpolizei, Zivilschutz, Militär und Feuerwehr) durchgeführt und sich dabei für die Organisation, Schnittstellen, Synergien, Prozesse und Qualität in Bezug auf Planung, Umsetzung, Kommunikation und Kontrolle interessiert.

Philipp Hangartner verzichtet darauf, bei den Finanzen jeden Eckpunkt zahlenmässig auseinander zu nehmen und konzentriert sich auf 3 Punkte:

1. Steuerkraft der natürlichen Personen

Das durchaus gute Steuerertragsergebnis wurde eigentlich ausschliesslich wegen der natürlichen Personen erreicht. Die Steuerkraft der natürlichen Personen liegt nach Aarau und Baden an dritter Stelle im Kanton.

Es zeigt sich also, dass sich die Bemühungen der letzten Jahre um die Erhaltung resp. Erhöhung der Standort-Attraktivität, welche aus Arbeitsplätzen, Schule, Sicherheit, Steuern und Verkehr besteht, gelohnt haben.

Es gibt aber auch eine andere Sicht der Dinge. Zum Beispiel zeigt die Analyse der Zeitschrift BILANZ eine Verschlechterung der Standort-Attraktivität von Zofingen, und zwar um 6 Plätze von Rang 76 runter auf Rang 82. Nur gerade bei der Attraktivität für ältere Personen steht Zofingen schweizweit auf Rang 6.

2. Steuerkraft der juristischen Personen

Die Grafik auf Seite 99 des Erläuterungsberichtes zeigt die „traurige“ Entwicklung wohl am Besten auf. Vor ungefähr 10 Jahren hatte Zofingen alleine gleich viel Steuerkraft im Bereich juristische Personen wie damals Aarau und Baden zusammen. Heute sieht dies anders aus, Aarau und Baden bringen es zusammen auf 11 Mal mehr Steuereinnahmen von juristischen Personen als Zofingen. Zofingen hat die einzige Kurve, welche nach unten zeigt.

Von den Städten, welche dort verglichen werden, hatte Oftringen vor 10 Jahren einen Fünftel der Einnahmen bei den juristischen Personen. Schätzungsweise in den Jahren 2008 und 2009 wird Oftringen aufgrund der errichteten Bauten Zofingen überholen.

Die FGPK-Mitglieder haben sich dann die Frage gestellt, ob es vielleicht wichtigere politische Dinge gibt als ein Parkbussenregime oder Rosen in einem Garten. Müsste sich der Rat vielleicht mehr mit der Zukunft seiner schönen Stadt befassen und über eine Legislaturperiode hinaus denken?

3. Gesamt-Netto-Aufwand

Der Aufwand für das Jahr 2007 lag ca. CHF 250'000.– über dem Budget. Dies macht ungefähr 1 % aus und liegt noch im Rahmen. Vergleicht man dies aber mit dem Jahr 2006 lag der Aufwand CHF 2 Mio. über dem Vorjahreswert. Auch wenn jede hinterfragte Position glaubhaft erklärt werden konnte, so hat die Veränderung von CHF 2 Mio. nach oben die FGPK erschreckt und auch die externe Revisionsstelle dazu bewogen, einen Kommentar in diese Richtung zu verfassen. Folglich erreichte auch Zofingens Finanzstatistik im Jahr 2007 prompt 1 Punkt weniger als im Jahr 2006.

Die FGPK hat sich dann gefragt, ob – Trottenweiher hin oder her – nicht wieder besser auf die laufenden Kosten – nicht auf die Investitionen – aufgepasst werden muss. Der Eigenfinanzierungsgrad ist nämlich alles andere als erfreulich.

Die einzelnen Anregungen der FGPK zur Aufbau- und Ablauforganisation der Stadt bzw. Stadtverwaltung sind im Erläuterungsbericht detailliert nachzulesen. Philipp Hangartner verweist zusammenfassend auf folgende 3 Punkte:

1. Die fachliche Veränderung in der Organisation und Führung, welche im Jahr 2006 in die Wege geleitet wurde, hat im Jahr 2007 dazu geführt, dass die Kader ihren eigenen Veränderungsprozess in Angriff genommen haben. Sie haben gemerkt, dass es nichts nützt, wenn nur der Chef etwas will und sie als Mitarbeitende nicht mitmachen. Dieser Prozess hat jetzt begonnen, und man spürt ihn. Er lässt Hoffnung schöpfen. Bis diese neue Kultur überall ins Blut übergegangen ist, werden noch ein paar Jahre vergehen. Die FGPK hat die mutigen Handlungen des Stadtrates im Personalbereich gelobt.
2. Die städtischen Informationen haben auf allen Ebenen zugenommen. An diese Summe von neuen Informationen muss man sich zuerst einmal gewöhnen. Denn nicht alles, was kommt, ist für einen bestimmt. Man muss es lesen und verstehen und vielleicht sogar umsetzen.
3. Erfreulicherweise hat der Stadtammann an der letzten Sitzung mit der FGPK – unter erweitertem Gremium – versprochen, dass in Zukunft das Finanzcontrolling mit ins Projektcontrolling eingebunden wird.

Die FGPK hat dem Kader der Stadt Zofingen das Motto „Vertrauen ist gut – Kontrolle auch“ nahe gelegt. Bei den Jahreszielen sollen in Zukunft auch Zwischen-Erfolgs-Kontrollen stattfinden, damit bei erkannten Ziel-Abweichungen rechtzeitig Korrekturmassnahmen eingeleitet werden können.

Die einzelnen Anregungen der FGPK zur Aufbau- und Ablauforganisation des Ressorts Sicherheit sind im Erläuterungsbericht detailliert nachzulesen. Die FGPK hat eine saubere und gut durchorganisierte Organisation vorgefunden. Deshalb möchte Philipp Hangartner zusammenfassend nur auf 1 Punkt hinweisen:

Die Regionalpolizei hat ihr erstes Betriebsjahr – mit personellem Unterbestand – hinter sich und hat ihre Aufgabe, trotz Abgang des Chefs in dieser Zeit, bravourös gemeistert. Sie ist gut organisiert, und es lohnt sich eigentlich nicht einmal zu erwähnen, dass ihr im Moment noch die Prozessbeschriebe und Handbücher fehlen. Diese wird der neue Chef bestimmt anpacken.

Zusammenfassung

Der Stadtrat hat sich mit dem Ressortführungssystem eine grosse Veränderung zugemutet. Veränderungen brauchen Zeit. Zeit hat man nicht, meint man. Aber jeder Bauer weiss, dass vom „Säen“ bis zum „Ernten“ ungefähr 6 Monate vergehen. Vielleicht wurde einfach etwas spät mit dem „Säen“ begonnen.

Die finanziellen Zukunftsperspektiven der Stadt Zofingen sind zufrieden stellend. Es wird der Stadt Zofingen möglich sein, auch in Zukunft ausgesuchte Projekte mit angemessener Eigenfinanzierung durchzuführen.

Vielleicht müsste für die Stadt Zofingen, oder sogar für die Region Zofingen, schweizweit etwas Einmaliges gefunden werden, damit sie nicht weiter in die Mittelmässigkeit abrutscht.

An dieser Stelle bedanken sich die Prüfungsteams beim Stadtrat für die speditiven und konstruktiven Sitzungen und bittet diesen, den Dank an die Verwaltung weiterzuleiten.

Die Jahresrechnung sowie der Geschäftsbericht der Stadt Zofingen wurden wiederum sauber und übersichtlich geführt. Die Buchführung, Jahresrechnung, Bestandes- und Investitionsrechnung entsprechen dem kantonalen Finanzdekret und allen Vorschriften der Finanzverordnung.

Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat alle vom Stadtrat gestellten Anträge zur Annahme.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, hält fest, dass der Stadtrat erfreut ist über das Ergebnis der Rechnung 2007 der Einwohnergemeinde Zofingen. Auch in diesem Jahr muss jedoch festgehalten werden, dass die Rechnung erneut durch gewisse Sonderfaktoren positiv beeinflusst worden ist.

Der Gesamtsteuerertrag lag mit CHF 32 Mio. rund 4 % über dem Vorjahreswert, aber man muss ihn sehr differenziert anschauen. Der Steuerertrag bei den natürlichen Personen konnte im Vergleich zum bereits guten Ergebnis des Vorjahres nochmals um 5 % gesteigert werden. Die Aktiensteuern hingegen liegen 40 % unter dem sonst schon relativ tiefen Budget. Der Tiefpunkt wurde erreicht.

Über den Nettoaufwand möchte der Stadtammann nicht allzu viele Worte verlieren, da dieser praktisch auf den Punkt gelandet ist. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist nicht in einem beeinflussbaren Bereich erfolgt, sondern wurde von den übergeordneten Stellen durchgereicht.

Der Stadtrat hat sich CHF 6 Mio. Selbstfinanzierung als Minimalziel gesetzt. Erreicht wurden CHF 7,27 Mio. Das Ziel wurde also um einiges übertroffen.

Im abgelaufenen Jahr hat die Einwohnergemeinde Zofingen mit CHF 11 Mio. so viel investiert wie nur einmal in den letzten 30 Jahren. Im Jahr 1991 wurden CHF 13 Mio. investiert. Sonst wurde dieser Wert nie mehr erreicht, und er ist doppelt so hoch als das, was in den letzten 5 Jahren jeweils investiert wurde.

Diese Fakten ergeben – zusammen mit den Erkenntnissen aus den Rechnungsabschlüssen der letzten paar Jahre – für den Stadtrat folgende Aussichten:

- Trotz beträchtlicher Effizienzsteigerung und gelebter Kostendisziplin wird der Aufwand in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Dies vor allem bei den Bereichen, welche von der Exekutive und der Verwaltung nicht beeinflusst werden können. Als Beispiele seien genannt Bildung, Gesundheit und Kosten für weitere Verbundaufgaben. Die Sondereffekte aus dem Lastenausgleich Kanton – Gemeinden sind definitiv weg.
- Die positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen wird anhalten. Dies ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger, welche ein gutes Steuersubstrat mitbringen, 200 Personen pro Jahr betragen und gleichzeitig die Zofinger Bevölkerung durchschnittlich jünger machen.
- Der Aktiensteuerertrag wird in den nächsten Jahren leider weiterhin das Sorgenkind bleiben. Man muss als brutales Fazit in diesem Bereich feststellen, dass Zofingen stehen geblieben ist.
- Grundsätzlich erreichte Zofingen in den letzten Jahrzehnten im Ertragsbereich nicht annähernd die Entwicklungs- und Wachstumsdynamik anderer Regionalzentren. Der Stadtammann möchte die Aktiensteuererträge nicht wiederholen, aber auch wenn man die Erträge der natürlichen Personen oder deren Dynamik anschaut, ergeben sich interessante Fakten:

Zofingen lag im Jahr 2000 mit einem Pro-Kopf-Durchschnittswert von rund CHF 3'000.– noch auf gleicher Höhe mit Baden und Aarau. Heute hat Zofingen nicht mehr CHF 3'000.–,

sondern CHF 2'900.– pro Kopf und liegt klar hinter Baden mit CHF 5'300.– und Aarau mit CHF 4'300.– zurück. Die Steigerung von Zofingen, über welche man sich jetzt eigentlich freut, muss pro Kopf ebenfalls als sehr relativ angeschaut werden. Brugg lag im Jahr 2000 – als Zofingen bei CHF 3'000.– lag – bei CHF 2'200.– pro Kopf und liegt jetzt auf gleicher Höhe wie Zofingen. Brugg hat also aufgeholt. Glücklicherweise zeigt die Tendenz in den letzten paar Jahren wieder leicht nach oben.

Eine mögliche Erklärung ist, dass wer nicht in die Zukunft investiert, auch keine Erträge ernten kann. Schaut man die Investitionstranchen genau an und zieht den Vergleich zu den vorgenannten Regionalzentren, sieht man, dass Zofingen in den Jahren 1994 bis 2005 im Schnitt Investitionen von jährlich CHF 5,3 Mio. getätigt hat. Aarau lag im gleichen Zeitraum bei CHF 7,5 Mio., Brugg bei CHF 7,7 Mio. und Baden bei CHF 16,2 Mio. Zofingen hat, aus welchen Gründen auch immer, zu wenig in die Zukunft investiert. Dabei geht es nicht nur um den Bereich Investitionen in Infrastrukturen, sondern auch um Investitionen in Service Public -Dienstleistungen.

Wo liegen nun in den nächsten paar Jahren die Handlungsfelder für den Stadtrat und für alle? Was ist zu tun?

- Die Attraktivität von Zofingen als Wohnstandort muss weiter gesteigert werden, damit den Neuzuzügerinnen und Neuzuzügern weiterhin ein interessanter Wohnort geboten werden kann.
- Damit kann der Steuerertrag der natürlichen Personen sowie auch der Steuerertrag pro Kopf weiter gesteigert werden. Dies weil klar ersichtlich ist, dass alle Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger nicht nur absolut mehr Steuersubstrat bringen, sondern auch pro Kopf.
- Damit diese nach Zofingen kommen, muss weiterhin in die Infrastruktur investiert werden. Zofingen hat im vergangenen Jahr CHF 11,6 Mio. investiert, und Voranschläge und Finanzplan sehen in den nächsten Jahren Investitionstranchen von jeweils mindestens CHF 10 Mio. pro Jahr vor.
- Dies erfordert aber auch, dass eine gute Selbstfinanzierung erreicht wird. Die CHF 6 Mio. sind das absolute Minimalziel. Es muss nicht nur in die Infrastrukturen, sondern auch in den Service Public investiert werden, und die Kosten des Service Public spürt man in der laufenden Rechnung. Trotzdem muss das Ziel CHF 6 Mio. Selbstfinanzierung hoch gehalten werden.
- Dies gelingt nur mit einer äusserst fitten Verwaltung. Der Gesamtstadtrat ist überzeugt, dass in allen Bereichen Know-how und Engagement in hohem Masse vorhanden sind. Was der Stadtrat nun macht, ist, die bereits mehrfach angesprochenen Projekte im Bereich Prozessmanagement, aber auch die Definition der Verantwortlichkeiten, die Erarbeitung von Stellenbeschrieben und Pflichtenheften weiter voranzutreiben.
- Damit lassen sich nach Meinung des Stadtrates weitere Effizienzsteigerungen realisieren, und der Stadtkammann kann dem Einwohnerrat versichern, dass die Exekutive und die Verwaltung ganz hart an diesen Veränderungsprozessen arbeiten. Bei dieser Arbeit ist ein stetiger Dialog mit der FGPK wichtig. Dieser Dialog findet statt, und der Stadtrat möchte sich für die Inputs ganz herzlich bedanken.
- Der zweite grosse Themenkreis betrifft die Attraktivität von Zofingen als Wirtschaftsstandort. Auch hier muss der Stadtrat weitere Steigerungen erreichen, damit Zofingen für Firmensiedlungen attraktiver wird.
- Ganz bestimmt sind erhebliche Anstrengungen im Bereich Wirtschaftsförderung nötig. So dass die Steuererträge gesteigert werden können.
- Damit überhaupt Firmen angesiedelt werden können, müssen auch die notwendigen Flächen zur Verfügung stehen. Der Stadtrat muss dafür besorgt sein, dass Firmen angesiedelt werden, die eine hohe Wertschöpfung erreichen. Die Produktionsbetriebe sind im Zofinger Branchenmix sehr stark vertreten. Dies benötigt relativ viel Fläche und hohe Investitionen, was man dann wieder bei den Aktiensteuererträgen spürt. Es muss darauf geachtet werden, dass sich der Branchenmix in Zofingen in Richtung Dienstleistungsbereich verändert.
- Zusätzlich müssen Industrie- und Gewerbeflächen verfügbar und bebaubar gemacht werden. Zum Beispiel, indem bestehende Industrieflächen verdichtet werden oder durch

die Nutzbarmachung von Industriebrachen und nicht benötigten „Reserveflächen“ der ansässigen Industrie.

- Bei diesen Prozessen kommt der Stadt überall eine Vermittler- und „Anschieberrolle“ zu. Grundsätzlich will der Stadtrat deshalb auch in der Grundstückspolitik eine aktivere Rolle spielen als bisher. Er will Vermittler und Koordinator, aber ganz bestimmt nicht Händler sein.
- Denn entscheidend – und dies ist auch aus dem Branchenmix ersichtlich – ist die zukünftige Nutzung. Und diese kann am Besten beeinflusst werden, wenn auch auf Grund und Boden Einfluss genommen wird.

Zum Schluss noch ein Ausblick auf die nächsten Jahre:

- Am Ende des laufenden Jahres wird der Stadtrat erneut einen guten Abschluss präsentieren können: Der Aufwand wird sich – aus heutiger Sicht – im budgetierten Rahmen bewegen, und die Steuererträge dürften leicht über dem Budget liegen. Allerdings nicht bei den natürlichen Personen, da relativ hoch budgetiert wurde, sondern aufgrund einiger Nachträge bei den Aktiensteuern. Dies wird Zofingen aber nicht in gloriose Höhen heben. Schaut man jetzt bereits die Prognosen der Aktiensteuererträge im Jahr 2010 an, ist man sofort wieder auf dem Boden der Wirklichkeit, und Zofingen wird sich wieder im Bereich des diesjährigen Abschlusses bewegen müssen. Aktiensteuererträge anheben ist keine kurzfristige, sondern eine mittel- bis langfristige Übung.
- Im Jahr 2009 kommt dann die Wahrheit. Dies merkt man bereits beim Budgetierungsprozess. Sämtliche positiven Faktoren des Lastenausgleichs Kanton – Gemeinden fallen weg.
- Zusätzlich wird man entweder im Jahr 2009 oder spätestens im Jahr 2010 die vollen Auswirkungen der Revision des Steuergesetzes spüren.
- Der Stadtrat merkt nun immer mehr, dass in den letzten 2 Jahren praktisch keine Personalsteigerungen erfolgt sind. Die Personalaufstockungen beginnen langsam, weil das momentan vorhandene Volumen – also plus 200 Personen jedes Jahr – in diversen Bereichen zu spüren sein wird. Zum Beispiel auf dem Steueramt, der Einwohnerkontrolle, dem Stadt- und Verkehrsbüro und der Informatik.
- Trotzdem wird der Stadtrat alles daran setzen, damit das Selbstfinanzierungsziel von CHF 6 Mio. auch in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Der Stadtammann dankt den Mitgliedern der FGPK und deren Präsident für die sehr faire und konstruktive Rechnungsprüfung sowie für den guten Dialog.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Hans-Martin Plüss stellt fest, dass, wenn man den Geschäftsbericht liest, es nach mittlerer Zufriedenheit tönt. Hat man vorhin dem Sprecher der FGPK zugehört, tönte es bereits ein wenig kritischer. Jedenfalls, was die Finanzen anbelangt. Dasselbe hat der Stadtammann aus Sicht des Stadtrates bestätigt. Schaut man aber nochmals auf das letzte Jahr zurück und überlegt sich, womit Zofingen Schlagzeilen gemacht hat, so waren es mit der Umstrukturierung der Bauverwaltung, der Entlassung des Polizeichefs, dem Trottenweiher und – noch schlimmer – dem Geld, welches auf dem Stadt- und Verkehrsbüro abhanden gekommen ist, eher negative Schlagzeilen.

Dies wurde in der Fraktion länger diskutiert, und man kam zum Schluss, dass der Stadtrat einfach Pech hatte, und zwar über weite Strecken unverdient. In der Fraktion hat man grossen Respekt vor der Arbeit, welche im Stadtrat und in der Verwaltung geleistet wird. Es ist eine schwierige Arbeit, wobei es um einen Nachholbedarf im Bereich Führung geht, und dies eine Kulturveränderung – sowohl im Stadtrat als auch in der Verwaltung – benötigt. Dies ist immer sehr heikel, da es dabei um Transparenz – anstelle des früher gepflegten separierten Arbeitens – geht. Hier geht es darum, dies mit Transparenz auszutauschen. Der Sprecher der FGPK hat bereits erwähnt, dass auch dazwischen einmal ein Reporting gemacht werden sollte, um zu schauen, wo man genau steht und damit man frühzeitig merkt, wenn es Kurskorrekturen braucht.

Wie bereits gesagt, ist dies eine schwierige Kulturveränderung. Die Fraktion ist der Auffassung, dass, nebst den vorhin erwähnten Schlagzeilen, vor allem das Tagesgeschäft – also 95 % der Arbeit – absolut tiptop erledigt wurde. Und dies mit wenig Personal. Die Fraktion hatte sogar eher den Eindruck, dass man sich an gewissen Orten Gedanken machen müsste, das Personal aufzustocken, damit der Service Public verbessert werden könnte. Und wenn man noch daran denkt, dass heisse Eisen anstehen, welche in den nächsten paar Jahren angepackt werden müssen, ist es vielleicht vernünftiger, mit genügend Personal einzusteigen um zur rechten Zeit Antworten geben zu können.

Hier noch zwei oder drei Detailbemerkungen zum Geschäftsbericht:

Der SP-Fraktion ist aufgefallen, dass der Teil Gesundheit mit einer halben A4-Seite sehr mager ausgefallen ist. Sie hat sich vorgenommen, mit Stadträtin Therese Müller in nächster Zeit das Gespräch zu suchen, um darüber zu diskutieren.

Was den Fraktionsmitgliedern ebenfalls aufgefallen ist, ist, dass es früher noch Patenschaften gab und nun plötzlich nichts mehr davon zu sehen ist. Sie haben sich überlegt, ob dies für eine Stadt wie Zofingen nicht tunlich wäre, wieder so etwas anzupacken. Dies kann auch sehr befruchtend sein. Dabei handelt es sich aber um einen Nebenpunkt.

Der Fraktion ist weiter aufgefallen, dass die Kommunikation nicht immer gelungen ist. Dabei denkt Hans-Martin Plüss an die Untere Vorstadt, und er ist der Meinung, dass dort nochmals ein wenig aufgeholt und nachgearbeitet werden müsste. Insbesondere, wenn man einen ausgewiesenen Kommunikationsprofi als Stadtammann hat.

Zur Rechnung:

Aus Sicht der SP-Fraktion ist der Abschluss bzw. das Ergebnis 2007 eigentlich nicht grossartig. Es gab immerhin einen Bilanzfehlbetrag von CHF 2,5 Mio. und die Stadt muss sich wieder verschulden. Vor allem, wenn man in die Zukunft schaut. Wie bereits erwähnt, wird die Steuergesetzrevision – möglicherweise auch aus wahltaktischen Gründen – durch den Kanton um ein Jahr vorgezogen. Dann die Pensionskasse, welche auch erst dieses Jahr kommt. Danach kommt die Fusion mit Uerkheim auf Zofingen zu. Auch hier die scheue Frage, ob sich dies auf das Durchschnittssteuersubstrat wirklich so positiv auswirkt. Das Altersheim kommt ebenfalls auf die Stadt zu. In Anbetracht dieser Zukunftsperspektive ist sich die Fraktion einig, dass es völlig verfehlt ist, jetzt über eine Steuerfussenkung nachdenken zu wollen.

Die SP-Fraktion wird bei der Detailberatung noch zwei oder drei Fragen stellen. Sie wird allen Anträgen zustimmen, mit Ausnahme der Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Dort möchte sie bei zwei Postulaten beantragen, dass diese aufrechterhalten werden.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass seine Vorredner bereits nahezu alles gesagt haben. Die SVP-Fraktion ist zufrieden mit dem Ergebnis. Trotz der guten Rechnung hat sie mit Bedauern festgestellt, dass der Sachaufwand gegenüber dem Jahr 2006 wiederum angestiegen ist.

In der Budgetdebatte hatte die SVP-Fraktion angetönt, dass die Aktiensteuern sehr optimistisch budgetiert wurden. Man kann von Glück reden, dass dies durch die natürlichen Personen kompensiert werden konnte. Andernfalls hätte dies schlecht ausgesehen.

Sehr erfreut ist die Fraktion über die Mindereinnahmen bei den Bussen. Dies war bei ihr ein Dauerthema. Dies zeigt, dass die neuen Weisungen bei der Kontrolle des ruhenden Verkehrs umgesetzt werden. An dieser Stelle besten Dank an den Stadtrat.

Ebenso sieht es die SVP-Fraktion als positiv an, dass der Stadtrat beim Budget 2009 über eine Senkung des Steuerfusses diskutiert. Die SVP wird der Rechnung zustimmen.

Hr. Thomas Valko erklärt, dass auch die FDP-Fraktion den Geschäftsbericht eingehend geprüft hat. Die detaillierte und gut geführte Rechnung widerspiegelt die jetzige Finanzlage sehr deutlich. Mit Genugtuung hat die FDP einmal mehr das hervorragende Ergebnis zur Kenntnis genommen. Dazu beigetragen haben erneut die höheren Steuereinnahmen, welche wie-

derum über den budgetierten Erwartungen lagen. Die Diskussion über den Steuerfuss wird dann wahrscheinlich bei der Budgetdebatte geführt.

Wie bereits im Vorjahr hat die Entwicklung im Sozialbereich der FDP-Fraktion gewisse Sorgen bereitet. Erneut sind die Ausgaben gestiegen. Auch hier sollte die Sachlage mehr hinterfragt werden.

Die FDP-Fraktion stimmt bis auf einige Abschreibungen von Motionen und Postulaten den stadträtlichen Anträgen zu.

Hr. Hans Rudolf Schlatter bemerkt, dass die Dynamische Mitte zufrieden ist mit dem Ergebnis 2007. Nicht mehr und nicht weniger. Sie hat ebenfalls festgestellt, dass der Steuerertrag um ca. 5 % gestiegen ist. Die effektive Steigung war dann vielleicht noch 2 %: 2 % Neuzuziehende und ein wenig Teuerung. Je nach dem, ob man dies optimistisch oder pessimistisch anschaut, ist Zofingen gleichauf mit den anderen aargauischen Kleinstädten Brugg, Lenzburg und Rheinfelden, aber klar hinter den grossen Zentren Aarau und Baden. Dass der Anschluss bei den Aktiensteuern verpasst wurde, hat auch die Dynamische Mitte festgestellt. Weiter hat sie festgestellt, dass die Investitionen endlich einmal auf eine vernünftige Höhe raufgefahren wurden.

Als Fazit möchte Hans Rudolf Schlatter Folgendes sagen: Die Dynamische Mitte erwartet, dass Zofingen, mit den gleichen Rahmenbedingungen wie letztes Jahr, noch einige solche Jahre anhängen kann.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung.

Abt. 2 Bildung

Fr. Patricia Kettner stellt fest, dass beim Konto 200.461.01 Kantonsbeiträge weder im Vorschlag noch in der Rechnung etwas aufgeführt ist. Die Fraktion ist der Meinung, dass man dieses Konto streichen kann, wenn in Zukunft nichts mehr darauf verbucht wird. Wird noch etwas an Kantonsbeiträge erwartet, oder kann man auf dieses Konto verzichten?

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, antwortet, dass man dieses Konto ganz offensichtlich streichen kann.

Abt. 3 Kultur, Freizeit

Fr. Patricia Kettner erklärt, dass es um die Dienststelle 303 Stadtsaal geht. Dort ist klar ersichtlich, dass der Stadtsaal mit einem Aufwand von CHF 506'745.75 und einem Ertrag von CHF 253'524.85 ein Verlustgeschäft ist. Die Fraktion erwartet hier ein Betriebskonzept, welches dem Stadtsaal gerecht wird und fragt an, ob dieses bereits in der Pipeline ist und wie der aktuelle Stand ist.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, entgegnet, dass aus der Planerkommission Stadtsaal, welche seit gut 3 Jahren tagt und eigentlich einen Planungsauftrag für einen zusätzlichen Saal hat, eine spezielle Arbeitsgruppe Betrieb herausgewachsen ist, weil der Stadtrat genau die gleichen Feststellungen machte wie die FDP-Fraktion. Schaut man 1 Jahr zurück, in welchem sich die Arbeitsgruppe Betrieb intensiv damit befasst hat, ist man beim Ertrag des Stadtsaals zwar auf dem Vorwärtsgang, aber immer noch nicht im erwarteten Masse. Es sind einige betriebliche Abläufe bzw. Prozessdefinitionen zu machen. Der Stadtrat hat nicht nur eine Vorstellung, wie die Betriebsabläufe gehandhabt werden sollen, sondern auch wo eine zukünftige Anbindung des Bereichs Stadtsaal stattfinden müsste. Dieses Geschäft wird am nächsten Mittwoch im Stadtrat beraten. Der Stadtrat geht davon aus, dass er, wenn dies so läuft, wie es die Arbeitsgruppe denkt, bis Ende Jahr das neue Betriebskonzept mit den neuen Tarifordnungen etablieren und auf den 1. Januar 2009 in Kraft setzen kann.

Hr. Fritz Hirschi bemerkt, dass im vorderen Teil des Geschäftsberichts nichts vom Museum steht, wohl aber im hinteren Zahlenteil. Nun hätte er ein paar Fragen zum Museum auf Seite 137. Es

ist bestimmt von Interesse für den Einwohnerrat, wenn er hier noch ein wenig besser informiert wird. Wie ist der Verteiler? Sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen. Man muss annehmen, dass die Ortsbürger- und Einwohnergemeinde je etwas daran bezahlen. Dann ist noch eine Position Dienstleistungen, Honorare aufgeführt, im Budget mit CHF 7'000.– und in der Rechnung mit CHF 370.50. Die Fraktion vermutet, dass dies für ein Museumskonzept ins Budget aufgenommen wurde. Wie ist der Stand dieses Museumskonzeptes? Wer arbeitet an diesem Museumskonzept? Wie sind die Konservatoren einbezogen?

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, bedankt sich bei Fritz Hirschi für die Fragen und beantwortet diese gerne:

Im Geschäftsbericht der Ortsbürgergemeinde wird das Museum klarer erläutert, es wird auch erklärt, weshalb ein Museumskonzept erforderlich ist. Es wäre zu überlegen, dies ebenfalls im Geschäftsbericht der Einwohnergemeinde aufzuführen.

Der Verteiler ist klar. Die laufenden Kosten gehen zu Lasten der Einwohnergemeinde, und von der Ortsbürgergemeinde wird das Museumsgut mitfinanziert sowie die Entschädigung für die Konservatoren.

Bei den Dienstleistungen ist nicht das Museumskonzept gemeint, dieses wurde im Jahr 2007 und teilweise im Jahr 2008 aus dem Kulturbudget finanziert. Dies tangiert das Kulturbudget der Einwohnergemeinde und nicht die Ortsbürgergemeinde.

Und was wird gemacht? Das Büro Kommunikation mit Kultur in Basel wurde beauftragt, ein Konzept zu erstellen. Das heisst, zuerst einmal zu analysieren, wie das Museum dasteht. Der Stadtrat hat das Gefühl, dass er die Arbeit bzw. die Institution, aber auch die Tatsache, eine Naturhistorische und Historische Abteilung zu führen, ein wenig legitimieren muss. Im Museum wird sehr viel gearbeitet, und man muss schauen, ob dies in Zukunft so machbar ist. Die beiden Konservatoren werden sich irgendwann einmal altershalber auch aus dieser Arbeit zurückziehen.

Stadträtin Annegret Dubach ist der Auffassung, dass das Museum ein wenig besser verkauft werden könnte. Die Museologin, Frau Christine Valentin, spricht von einer Perle, und diese müsste endlich einmal angeboten und verkauft werden. Dies gelingt noch nicht so ganz. Die Strukturen – ob das Museum richtig konzipiert ist, die Ausstellungskonzepte richtig gemacht werden, dies die moderne Art von Museumspädagogik ist, usw. – müssen angeschaut werden.

Der Prozess steckt mittendrin. Sehr viele Interviews haben schon stattgefunden, unter anderem auch 2 2-stündige Interviews mit den beiden Konservatoren. Das Ganze fliesst in einen Bericht ein, den die Museumskommission und der Stadtrat im November 2008 erhalten werden. Bevor dieser Bericht aber erstellt wird, findet am 18. Oktober 2008 ein Workshop mit der Museumskommission und den Konservatoren statt. Das gesamte Wissen fliesst in diese Arbeit ein, weil dem Stadtrat klar ist, dass sehr viel Wissen vorhanden ist. Dieses muss auch irgendwann gesichert werden. Und dann schaut man, wie es weitergeht. Es wird etwas kosten, und man wird Fundraising machen und Sponsoren suchen müssen. Beim Workshop sind noch die beiden Fachfrauen des Kulturbüros, Herr Kehrl, welcher das Zofingia-Museum betreut, und Frau Cécile Vilas, Leiterin Kulturstelle, dabei.

Abt. 5 Soziale Wohlfahrt

Fr. Patricia Kettner hat einige Fragen zu den Konten 581.366.01 bis 581.366.04 Materielle Hilfe. Bereits im Eintretensvotum war zu hören, dass diese Entwicklung der FDP-Fraktion Sorgen bereitet. Aufgrund der Rechnung 2006 und des Voranschlags 2007 hatte der Stadtrat offenbar selbst das Gefühl, dass der Aufwand infolge der guten Wirtschaftslage sinken würde. Effektiv ist er aber nochmals besorgniserregend gestiegen. Die Fraktion weiss aber auch, dass die Stadt Zofingen verschiedene Projekte initiiert hat. Integrationsprojekte oder Projekte, welche dem im vorderen Teil des Geschäftsberichts beschriebenen Trend – Working Pools – entgegenwirken sollen. Die Fraktion möchte wissen, ob Besserung in Sicht ist, ob die Projekte greifen und was der aktuelle Stand ist.

Fr. Annegret Dubach, Stadträtin, nimmt auch hier gerne Stellung dazu. Vielleicht noch zur Begriffsklärung: Die Working Poors sind nicht komplett von der Stadt Zofingen abhängig. Working Poor heisst einfach, dass diese Leute es nicht schaffen, sich ein existenzsicherndes Einkommen zu erarbeiten.

Der Bereich Soziales hat diese Entwicklung auch festgestellt und war, wie bereits in der FGPK erwähnt, nicht mehr ganz glücklich mit den Integrationsprogrammen, welche auf dem Markt sind. Man hat gemerkt, dass dies einen Drehtüreffekt zur Folge hat. Man gibt die Leute in ein Programm, sie kommen wieder raus, erarbeiten sich Taggelder und kommen dann wieder in ein neues Programm. Gott sei Dank wurde vom Stadtrat ein dreijähriges Pilot-Projekt, welches Chance Z! benannt wurde, bewilligt. Bei Chance Z! steht das Z natürlich für Zofingen, weil Zofingen den Leuten eine Chance bieten möchte, welche nicht in den Arbeitsmarkt reinkommen. Nicht in den ersten, aber in den zweiten und dritten, wo eigentlich einfache Arbeitsplätze bzw. Nischenarbeitsplätze vorhanden wären.

Das Projekt ist auf ganz gutem Wege. Der Bereich Soziales hat in der Person von Frau Kathrin Lienhard jemand ganz Tolles für die Übernahme der Projektleitung gefunden. Weshalb ist diese Frau so toll? Sie ist aus Brittnau und kennt die Region. Kathrin Lienhard ist Sozialpädagogin, und ihr Mann führt einen KMU-Betrieb. Sie weiss also aus dem Alltag, was dies bedeutet. Kathrin Lienhard hat zusammen mit dem Bereich Soziales das Konzept erarbeitet und einen Projektleitfaden erstellt. Der Zeitplan und die Struktur sind bereits erarbeitet, die Arbeitsinstrumente sind vorhanden, die Vernetzung und Kontakte mit der Regionalen Arbeitsvermittlung, den Berufsbildungszentren usw. laufen. Ein Flyer wurde ebenfalls kreiert. Dieser ist druckfrisch von letzter Woche und lag bei den Einwohnerratsmitgliedern auf dem Pult. Daraus können eigentlich alle Informationen genommen werden, wie gearbeitet werden soll und welches die Absichten sind.

Nun geht es darum, den Kontakt zu Arbeitgebenden zu suchen. Türöffner und -öffnerinnen wurden in eine so genannte Begleitgruppe integriert. Diese wird vom Stadtammann präsiert. Dafür ist Stadträtin Annegret Dubach sehr dankbar. Als Stadträtin im Milizsystem hätte sie nicht die Zeit dafür. Der Stadtammann zwar auch nicht, aber er muss jetzt einfach. Er ist dabei, eine Gruppe mit wirtschaftlich potenten Leuten zusammenzustellen, welche auch dieses Netz, das unbedingt benötigt wird um Arbeitsplätze generieren zu können, vergrössern können.

Aktuell werden 6 Klientinnen und Klienten ganz nah begleitet. Man versucht Leute in den ersten Arbeitsmarkt hineinzubringen. Klappt dies nicht, versucht man es mit dem zweiten und dritten. Es sind vielfach Leute, welche ein sehr gutes Coaching und eine nahe Begleitung benötigen, die einfach von ihrer Persönlichkeit und Lebensstruktur her Unterstützung brauchen. Man hofft, dass man diesen Personen diese Chance geben und Hilfe bieten kann, um die Kosten der Stadt Zofingen ein wenig herunterzuholen. Was menschlich gesehen viel wichtiger ist, ist diesen Menschen eine Aufgabe zu geben, etwas Sinnstiftendes geben zu können und zu schauen, dass sie wieder für sich selber sorgen können.

Es wird auch zusammen mit der Fachstelle für Arbeit in Aarau gearbeitet. Diese hat etwas Ähnliches ausgearbeitet, und man will auch das Gebiet vergrössern. Erste Kontakte fanden statt. Das Nahziel für den Bereich Soziales ist, im September 2008 10 Personen zu begleiten, und das Fernziel ist, die Kosten herunterzuholen. Dies ist ebenfalls ein Anliegen von Stadträtin Annegret Dubach. Genauso, wie diesen Menschen zu helfen, wieder ins Leben zurückzufinden. Deshalb: Soziale Integration und Arbeitsintegration.

Abt. 9 Finanzen, Steuern

Fr. Patricia Kettner hat eine Bemerkung zu den Steuerveranlagungen auf Seite 97. Nachdem sie 3 Jahre lang immer am Rednerpult schimpfen musste, hat die FDP beschlossen, sie wolle auch einmal ein Lob anbringen. Bei den Selbständigerwerbenden ist der Veranlagungsstand von 18,9 % auf erfreuliche beinahe 25 % angestiegen. Die FDP möchte dem Steueramt für diesen Effort danken. Und auch für den Veranlagungsstand von 74,23 %. Es ist noch nicht ganz das, was man sich wünscht, aber es ist schon wesentlich besser. Den Mitgliedern der

FDP war es ein Anliegen, in diesem Bereich, in welchem sie jahrelang geschimpft und reklamiert haben, zu danken.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. *Der Geschäftsbericht 2007 (1. Teil) sei zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Die Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2007 (2. Teil) sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 3.1. *Ausbau K233 Stengelbacherstrasse – Abschnitt Knoten Mühlemattstrasse bis „Rotfarb“*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.2. *Ablösung der Kernapplikationen sowie teilweise Erneuerung der Hard- und Software der Stadtverwaltung*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

4. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Voranschlagskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 4.1. *Sanierung Kanalisation Finkenrain*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

- 4.2. *Sanierung Kanalisation Römerhalde*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

- 4.3. *Sanierung Kanalisation und Sauberwasserleitung Oeltrottenstrasse*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

5. *Folgende Motionen und Postulate seien von der Kontrolle abzuschreiben:*

- 5.1. *GK 3 – Postulat der SVP-Fraktion vom 10. September 2001 betr. Bahnübergang Stengelbacherstrasse*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

- 5.2. *GK 5 – Postulat der SP-Fraktion vom 15. September 2003 betr. aktive Rolle der Stadt Zofingen in der Agglomerationspolitik*

Hr. Marcel Thüler hält fest, dass – wie alle bereits wissen – die SP relativ lange Fraktionsitzungen abhält. Die Fraktion hat bis ganz am Ende den Geschäftsbericht und die Rechnung konzentriert durchgearbeitet und dabei festgestellt, dass ihr Postulat abgeschrieben werden soll. Die SP ist der Meinung, dass dieses Postulat noch nicht abgeschrieben werden sollte. Es ist noch zu wenig sichtbar und spürbar, was in der Agglomerationspolitik läuft. Es gibt keine abgeschlossenen oder sichtbaren Projekte. Die SP-Fraktion möchte das

Postulat gerne aufrechterhalten. Marcel Thüler bittet den Einwohnerrat, die SP hierbei zu unterstützen und GK 5 bzw. GK 93 nicht abzuschreiben.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadttammann, muss sich bei einem Punkt wehren. Der Stadtrat hat sichtbare Ergebnisse von der Agglomerationspolitik. Zofingen hat als eines der Pionierprojekte in der ganzen Schweiz die Standortentwicklung Wiggertal–Aargau–Luzern. Im Februar fand eine Entwicklungskonferenz statt. Am nächsten Donnerstag findet in Zofingen die Lösungskonferenz statt. Die beiden Kantonsregierungen haben diese Sache unterstützt und unterstützen sie weiterhin. Der Netzstadtrat Aareland hat auch für die Unterstützung eines erneuten Modellvorhabens in der Agglomerationspolitik beim Bund einen Antrag gestellt und hat positive Signale, dass dies als vorbildliches Projekt beurteilt wird, erhalten. Der Stadtrat hofft, dass er auch von dort Geld erhalten wird und vor allem auch die Anerkennung als Agglomerationsprojekt. Es ist dem Einwohnerrat überlassen, ob er das Postulat abschreiben will oder nicht. Der Stadttammann muss sich einfach dagegen wehren, dass keine Zeichen der Agglomerationspolitik sichtbar sind. Bei diesem Projekt ist Zofingen federführend beteiligt.

Fr. Patricia Kettner möchte etwas zum Grundsatz sagen. Sie hat sehr viel Verständnis für die SP und würde dem auch zustimmen. Letztes Jahr stand sie mit dem gleichen Zettel hier. Die FDP-Fraktion wird nachher ebenfalls einen Antrag stellen. Patricia Kettner ist der Meinung, dass parlamentarische Vorstösse erst abzuschreiben sind, wenn sie erledigt sind und nicht, wenn sie sich in der Konzeptphase befinden oder erste Schritte vorgenommen wurden. Deshalb würde sie dem Antrag der SP sehr gerne zustimmen, im Sinne einer Aufgabe bis zum Abschluss eines Themas. Natürlich gibt es Themen, welche Daueraufträge sind. Bei diesen beiden Themen – Agglomerationspolitik und Wirtschaftsentwicklung – sind auch erste Schritte sichtbar, aber der Zeitpunkt ist zu früh, um diese abzuschreiben. Das Parlament hat es in der Hand, wann es etwas abschreiben will und wann nicht. In diesem Sinne wird die FDP dem Antrag der SP zustimmen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 32:0 Stimmen abgelehnt.

5.3. *GK 11 – Postulat der FDP-Fraktion vom 9. Mai 2005 betr. Wirtschaftsentwicklung der Stadt Zofingen*

Fr. Patricia Kettner hält fest, dass der Stadttammann heute Abend Folgendes gesagt hat: „Wir sind stehen geblieben“. Dies im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung. Bereits letztes Jahr wollte man dieses Postulat abschreiben. Es liegt noch kein Konzept vor. Aber viele gute Schritte wurden unternommen, und Unternehmungen kamen nach Zofingen. Die FDP hat ein wenig Angst, dass das Ganze zu wenig vernetzt ist. Für sie ist dies auch noch nicht so sichtbar oder spürbar. Auch deshalb glaubt die FDP-Fraktion, dass der Zeitpunkt für die Abschreibung dieses Postulats zu früh ist. Patricia Kettner bittet den Einwohnerrat aus diesem Grunde, der Abschreibung nicht zuzustimmen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 27:0 Stimmen abgelehnt.

5.4. *GK 12 – Postulat von David Clavadetscher (FDP) und Mitunterzeichnende vom 13. Juni 2005 betr. „Die Stadt an der Wigger – Fusion mit Gemeinden im Wiggertal“*

Hr. Marcel Thüler bemerkt, dass – wie alle wissen – die SP den Geschäftsbericht immer genau prüft. Bei GK 171 bzw. GK 12 „Die Stadt an der Wigger – Fusion mit Gemeinden im Wiggertal“ der FDP bzw. von David Clavadetscher steht: „Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat ein Konzept vorzulegen, welches Fusionen mit angrenzenden Gemeinden ermöglicht“. Bei der Beantwortung im Geschäftsbericht wird quasi auf das Legislaturprogramm des Stadtrates verwiesen. Die SP ist der Meinung, dass es noch nicht Zeit ist, dieses Postulat abzuschreiben. Auch hier darf noch mehr passieren. Marcel Thüler kann sich eigentlich dem anschliessen, was Patricia Kettner vorhin gesagt hat und bittet den Einwohnerrat, der SP beim Nichtabschreiben dieses Postulates zu folgen.

Fr. Patricia Kettner erklärt, dass die FDP-Fraktion dies ebenfalls diskutiert hat. Im Postulat wurde gefordert, dass der Stadtrat aktiv ein Konzept entwickelt, mit welchen Gemeinden in welcher Reihenfolge Gespräche zu führen sind. Der Stadtrat hat bereits damals bei der Beantwortung gesagt, dass er eine andere Strategie verfolge und offen sei für Gespräche mit sämtlichen Gemeinden, welche auf Zofingen zukommen würden. Die FDP glaubt mittlerweile – auch aufgrund der Erfahrungen im Kanton mit Fusionsprojekten und jetzt mit Uerkheim – dass die Anfrage vom Kleineren kommen muss und deshalb das Postulat erfüllt ist. Der Stadtrat hat eine Strategie entwickelt. Nicht im Sinne des Postulates, aber im Sinne von „wie gehen wir um mit Fusionen oder Fusionsanfragen?“. Die FDP ist der Ansicht, dass dieses Postulat abgeschrieben werden kann.

Hr. Hans-Martin Plüss hält fest, dass, wenn man sich bewusst ist, dass der Handels- und Industrieverein von Zofingen den Stadtrat aufgefordert hat, eine Fusion mit Oftringen, Aarburg, Strengelbach, Rothrist usw. zu studieren und ein Grosszentrum Zofingen zu machen, man sich dazu nochmals etwas überlegen muss und sich der Stadtrat auch hierzu „comme il faut“ äussern kann. Und dann wird das Postulat abgeschrieben.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22:15 Stimmen zugestimmt.

5.5. *GK 14 – Postulat von Patricia Misteli/Erwin Fumagalli (FDP) und Mitunterzeichnende vom 12. September 2005 betr. Leistungserfassung*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

5.6. *GK 62 – Postulat von Philipp Hangartner (SVP) vom 15. Mai 2006 betr. Nutzung des Einsparungs-Potentials durch neue Informatik-Lösung*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

5.7. *GK 98 – Postulat der SVP-Fraktion vom 19. März 2007 betr. Videoüberwachung im öffentlichen Raum*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

6. *Folgende Vorlage sei von der Kontrolle abzuschreiben:*

6.1. *GK 35 – Projekt und Kredit für die Umgestaltung des Rosengarten-Areals in eine öffentliche Parkanlage (zurückgewiesen am 27. März 2006)*

Fr. Patricia Kettner konnte es beinahe nicht glauben, als sie dies im Geschäftsbericht gelesen hat. Der Einwohnerrat hat diese Vorlage zurückgewiesen und nicht abgelehnt. Bis heute erfolgte in diesem Gelände noch keine Veränderung. Solange dort nichts passiert ist, ist diese sicher nicht abzuschreiben. Die FDP beantragt, die Vorlage nicht abzuschreiben. Dies ist also eindeutig fast ein wenig eine Frechheit.

Der stadträtliche Antrag wird mit 32:0 Stimmen abgelehnt.

(Sitzungspause)

Art. 108

GK 155

Schiessanlagen „Heitern“ und „Rottanne“ (Mühlethal) – umwelttechnische Sanierung und Einbau künstliche Kugelfänge Schiessanlage „Heitern“

Hr. Christoph Dombrowsky lehnt Eintreten auf diese Vorlage ab. Allerdings hat dies keine formellen oder inhaltlichen Gründe, sondern ideologische und pazifistische. Es tut ihm leid, wenn

er auf den Schluss hin nochmals ein wenig polemisch werden muss, aber er kann es einfach nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, Geld für eine Anlage, welche auch dazu dient, jungen Männern das Töten beizubringen, auszugeben. Es ist ihm bewusst, dass dieser Gedankengang einige im Saal befremdet, aber er kommt nicht darum herum, für dieses Geschäft einen Nichteintretensantrag zu stellen. Der Antrag von Christoph Dombrowsky lautet:

Auf das Geschäft GK 155 sei Nichteintreten zu beschliessen.

Hr. Hansruedi Hauri stellt fest, dass es noch nicht lange her ist, als der Einwohnerrat das Trottenweiher-Debakel verdaut hat. Damals forderte der Einwohnerrat, dass die Vorlagen in Zukunft komplett und vollständig an ihn gelangen sollen. Die SVP hat in letzter Zeit diese Spielchen, dass Vorlagen betr. Subventionen oder sonstigen Abgaben vom Kanton zu knapp vorgelegt werden, mitgemacht. Die Vorlage „Sanierung Schiessanlagen“ ist mangelhaft und nicht genügend beschrieben. Abmachungen mit der Feldschützengesellschaft Mühlethal bei der Fusion sind zu wenig beachtet worden. Nicht geplante Ausführungen werden bemängelt. Die fehlenden Informationen konnten an den Fraktionssitzungen durch die FGPK-Mitglieder begründet werden. Es kann aber nicht sein, dass die Fraktions-Mitglieder die Informationen aus zweiter Hand erhalten. Die SVP ist nicht grundsätzlich gegen diese Vorlage, sie ist auch nicht gegen den Schützenverein, sondern es geht ihr darum, dass der Einwohnerrat in Zukunft vollständige und sauber begründete Vorlagen vom Stadtrat erhält. Deshalb wird die SVP-Fraktion hier einen Rückweisungsantrag stellen. Aber nicht aus denselben Gründen, wie sie Christoph Dombrowsky gesagt hat, dies wäre fast ein wenig eine unheilige Allianz.

Fr. Irma Jordi dünkt es schon ein wenig speziell, dass ein solches Geschäft zurückgewiesen werden sollte. Sie sieht hierfür keinen Grund. In der Vorlage geht es einzig darum, die kontaminierte Erde abzutragen und alles in Ordnung zu bringen. Es ist belastetes Material vorhanden, und es geht um nichts anderes, als um Altlasten zu entsorgen. Wie man in der Vorlage sehen kann, leisten Bund und Kanton Beiträge an die Entsorgung der Altlasten. Irma Jordi sieht keinen Grund, weshalb der Einwohnerrat nicht auf dieses Geschäft eintreten sollte. Dies versteht sie absolut nicht.

Gemäss Hr. Marcel Murri kann sich die SP ein Stück weit allen Voten anschliessen. Die Vorlage ist vielleicht nicht in allen Details ausgereift. Es gibt einen Punkt, welchen die SP ebenfalls rügt. Dies hat vor allem einen Zusammenhang mit der Nachnutzung des Schützenhauses in Mühlethal. Die SP-Fraktion kann die Vorbehalte, wie die Finanzierung und das Projekt tatsächlich umgesetzt werden, auch teilen. Das mit dem Schiessen kann sie ansatzweise auch nachvollziehen, aber Marcel Murri möchte seine Vorrednerin unterstützen. In erster Linie geht es um das Sanieren. Dies steht im Vordergrund, und er denkt, dass es hier Sachzwänge gibt, wenn man nicht auf ziemlich viel Geld verzichten will. Im Augenblick ist dies beim Kanton ein Dutzendgeschäft. Die Kugelfänge werden jetzt praktisch im Serienfeuer saniert. Dies ist auch gut so. Die neuen Kugelfänge sind eine Investition in die Zukunft. Die SP empfiehlt einzutreten, damit der Einwohnerrat dieses Geschäft über die Bühne bringen kann.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den Nichteintretensantrag von Christoph Dombrowsky abstimmen:

Der Nichteintretensantrag wird mit 36:1 Stimmen abgelehnt.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Fr. Patricia Kettner, Referentin der FGPK, stellt fest, dass beinahe alles in der Nichteintretensdebatte gesagt wurde. Ein Routinegeschäft, welches der FGPK 45 Minuten Fragen und ein 9-seitiges FGPK-Protokoll beschert hat. Als Erinnerung: Die Vorlage umfasst 4 Seiten. In der Diskussion konnten aber beinahe alle Fragen durch den zuständigen Stadtrat und den Leiter Bau und Umwelt beantwortet werden. Die FGPK hat bis am Schluss nicht verstanden, weshalb diese Fakten nicht von Anfang an in der Vorlage aufgeführt werden konnten, hat dann aber auch der Sache wegen diesem Geschäft mit 7:0 zugestimmt. Und zur Sache gehört immerhin,

dass der Einwohnerrat bei einer Rückweisung oder Verschiebung Subventionen von CHF 680'000.– riskiert. Patricia Kettner möchte dem Einwohnerrat aber noch einige Ergänzungen aus der FGPK-Debatte mitgeben:

Über die Schiessanlage gibt es im Fusionsvertrag mit Mühlethal einen Passus. Wie damit umgegangen wurde, hätte durchaus in die Vorlage gehört. Genauso, wie einige würdigende Worte gegenüber der Feldschützengesellschaft Mühlethal, welche sich hier entgegenkommend gezeigt hat. Ebenfalls wäre es interessant gewesen zu lesen, dass die Feldschützengesellschaft beschlossen hat, sich aufzulösen und dass die einzelnen Mitglieder nachher frei sind in ihrer Wahl, wo sie schiessen gehen wollen. Dadurch entfällt nämlich auch eine allfällige Einkaufssumme, welche geschuldet gewesen wäre, wenn eine neue Feldschützengesellschaft nach Zofingen kommt, um zu schiessen.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Subventionen gefährdet sind, nachdem nach dem 1. November 2008 in Mühlethal noch das Jubiläumsschiessen durchgeführt wird. Dies ist nicht der Fall, wenn an diesem Jubiläumsschiessen mobile Kugelfänge verwendet werden. Die FGPK lädt den Stadtrat dazu ein, die Kosten für das Jubiläumsschiessen bzw. für die mobilen Kugelfänge im Sinne eines Entgegenkommens zu übernehmen. Auch im Sinne der Würdigung des Ortsteils Mühlethal. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch die Information gewesen, dass die Schiessanlage Mühlethal sowieso hätte geschlossen werden müssen. Unabhängig von der Fusion und der Sanierung, weil sie nämlich die lärmtechnischen Vorschriften nicht mehr erfüllt.

Eine Frage konnte nicht beantwortet werden. Hier muss aber auch die Frage gestellt werden, ob die Beantwortung dieser Frage zu diesem Geschäft gehört, da sie ein wenig weit blickender ist. Es geht nämlich um die Umnutzung des Schützenhauses in ein Gesellschaftslokal für Vereine. Wenn man weiss, dass dazu ein Baugesuch notwendig ist, weil es sich um eine Umnutzung handelt, wird es auch noch Fragen zur Erschliessung und zu den Parkplätzen geben. Aber auch zum Wegrecht, da es ein Wegrecht zu diesem Schützenhaus gibt. Es sind also noch sehr viele Fragen abzuklären. Die FGPK glaubt nicht, dass diese bis im September geklärt sind. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft müssen sie wahrscheinlich auch nicht bis dann geklärt sein. Den Feldschützen wurde auch nicht versprochen, dass sie dieses Haus weiterhin benützen können. Ihnen wurde zugestanden, dass sie nächstes Jahr das Jubiläumsschiessen durchführen können und dass Abklärungen betr. Weiternutzung durch ihren Verein getroffen werden.

Im Weiteren hat die Auflistung der Kosten in der Vorlage Fragen aufgeworfen, weil es für die FGPK nicht ganz klar war, wie dies mit den Subventionen läuft. Diese Fragen konnten aber alle geklärt werden. Patricia Kettner verzichtet darauf, dies hier zu erklären, da sie dazu vermutlich nicht in der Lage wäre. Sie konnte nur feststellen, dass es am Schluss stimmt.

Auch die FGPK hat darüber diskutiert, ob diese knapp genügende Vorlage im Sinne einer Erziehungsmassnahme zurückgewiesen werden soll. Die Kommission ist aber der Meinung, dass diese Vorlage die falsche ist, um ein Exempel zu statuieren und empfiehlt dem Einwohnerrat, der Vorlage zuzustimmen.

Die Vorsitzende eröffnet die Diskussion zum Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion:

Nachdem keine Wortmeldungen eingehen, lässt die Vorsitzende über den Rückweisungsantrag abstimmen:

Der Rückweisungsantrag wird mit 26:9 Stimmen abgelehnt.

Die Vorsitzende eröffnet die Detailberatung über die Vorlage.

VIII Kosten, Kostenteiler

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, hält fest, dass der Stadtrat offensichtlich „Schwein“ hatte, dass er um eine Erziehungsmassnahme herum gekommen ist. Auf der anderen Seite muss er feststellen, dass heute Abend ein Geschäft auf dem Tisch ist, bei welchem es um die Sanierung

von Schiessanlagen und die Ausrüstung mit technischen Einrichtungen geht, damit der Eintritt von Schadstoffen in den Boden verhindert werden kann. Seiner Meinung nach wurden an dieser Vorlage im Wesentlichen Nebenschauplätze kritisiert, welche mit dem Materiellen dieser Vorlage im engeren Sinne wenig zu tun haben.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die umwelttechnische Sanierung der Schiessanlagen Heitern und Rottanne sowie den Einbau der künstlichen Kugelfänge bei der Schiessanlage Heitern sei ein Bruttokredit von CHF 1'300'000.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beiträge von Bund und Kanton, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 27:9 Stimmen zugestimmt.

Art. 109

GK 156

Ersatzbeschaffung des Schlauchverlegefahrzeugs (SVF) der Stützpunktfeuerwehr Zofingen

Hr. Thomas Valko, Referent der FGPK, stellt fest, dass die Feuerwehr Zofingen als Stützpunkt mittlerweile einen ansehnlichen Fahrzeugpark besitzt. Um den Richtlinien des seit dem Jahr 2007 erweiterten Stützpunktgebietes nachzukommen, müssen die Fahrzeuge des Feuerwehredienstes periodisch ersetzt werden. Das jetzige Schlauchverlegefahrzeug hat immerhin 20 Jahre Dienst geleistet, so dass sich für den Regionalstandort Zofingen eine Neuanschaffung aufdrängt. Auch die FGPK hat das ausführlich und sorgfältig vorbereitete GK 156 an ihrer letzten Sitzung eingehend geprüft. Aus 6 Offerten wurde mittels Pflichtenheft ein Fahrzeug ausgewählt, welches den Anforderungen – insbesondere der Fahr- und Verlegesicherheit – gerecht wird und im gesamten Gemeinde- und Stützpunktgebiet zum Einsatz kommen kann. In der Vorlage wird auch die finanzielle Situation übersichtlich dargestellt. Das alte Fahrzeug wird durch die Lieferfirma zurückgenommen, und die Subventionen der Aargauischen Gebäudeversicherung sind ausgewiesen.

Die FGPK hat der Beschaffung des Schlauchverlegefahrzeugs einstimmig zugestimmt und empfiehlt dies dem Einwohnerrat ebenfalls.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die Vorsitzende die Eintretensdebatte.

Hr. Heinz Lehmann dankt im Namen der FDP-Fraktion den Verantwortlichen, welche diese Vorlage so gut strukturiert, ausgearbeitet und präsentiert haben. Aus der Vorlage geht hervor, dass genügend Zeit vorhanden war, um 6 Offerten einzuholen. Man hat auch dem Parlament genügend Zeit gegeben. Der Einwohnerrat war nicht unter Zeitdruck, wie vorhin beim GK 155, weil allenfalls Subventionen den Bach ab gehen. Was Heinz Lehmann besonders gefallen hat, ist, dass in dieser Vorlage sogar auf die Zukunft hingewiesen wird. Dies, indem der Einwohnerrat anhand eines gestaffelten Ersatzbeschaffungsplanes der Fahrzeuge sieht, was in den nächsten Jahren passiert. Die Vorlagen sollten eigentlich immer so dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt dieses Geschäft einstimmig.

Heinz Lehmann möchte die Gelegenheit nutzen, um dem Kommandanten der Stützpunktfeuerwehr Zofingen, Major Peter Ruch, und seiner Crew für den Einsatz, welchen sie für die Bevölkerung von Zofingen leisten, recht herzlich zu danken.

Hr. Hansruedi Hauri hält fest, dass sich die SVP diesem Votum anschliessen kann. Sie hofft, dass der Stadtrat diese Vorlage als Muster für zukünftige Vorlagen nimmt.

Auch auf die Gefahr hin, dass es langweilig wird, schliesst sich Hr. Marcel Murri im Namen der SP diesem Lob an. Man soll auch darüber reden, wenn etwas gut ist. Die Vorlage ist auch für

die SP vorbildlich, insbesondere der Punkt Langfristplanung. Dies ist, was die SP-Fraktion eigentlich erwarten würde. Solche Sachen können geplant werden, und dann soll dies auch so gemacht werden.

Hr. Robert Weishaupt bemerkt, dass, wenn man anschaut, wie das jetzige Schlauchverlegefahrzeug aussieht, man meinen könnte, es sei immer noch wie neu. Sieht man aber hinten hinein, merkt man, dass die Technik ziemlich veraltet ist. Deshalb drängt es sich auf, dieses Fahrzeug zu ersetzen. Das Einzige, was schade ist am ganzen Projekt bzw. am neuen Lastwagen, ist, dass er keinen Russpartikelfilter hat. Robert Weishaupt hat sich aber sagen lassen, dass dies bei Feuerwehrautos leider nicht ganz so einfach sei, da diese Fahrzeuge von 0 auf 150 km/h beschleunigen. Die Dynamische Mitte wird diesem Antrag einstimmig zustimmen.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, dankt im Namen des Stadtrates für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Bereits der Stadtrat konnte sich überzeugen, dass die Vorarbeiten im Rahmen der Feuerwehr sehr gut waren: Verschiedene Offerten, ein sauberer Kriterienkatalog für die Beurteilung dieser Offerten, rechtzeitige Zeitplanung sowie eine Planung für die nächsten Jahre. Stadtrat Herbert H. Scholl kann dem Einwohnerrat nur empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die Vorsitzende die Detailberatung.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die Vorsitzende lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Beschaffung eines Schlauchverlegefahrzeugs für die Stützpunktfeuerwehr Zofingen sei ein Bruttokredit von CHF 653'842.–, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Subvention der Aargauischen Gebäudeversicherung und Verkaufserlös des alten Schlauchverlegefahrzeugs, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 38:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 110

GK 144

Interpellation der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Jugendgewalt in Zofingen – Bekanntheitsgrad und Massnahmen (Begründung und Beantwortung)

Die schriftliche Begründung der Interpellation sowie die ausführliche Beantwortung des Stadtrates vom 28. Mai 2008 liegen vor.

Hr. Michael Wacker möchte im Namen der SP dem Stadtrat für die umfangreiche Beantwortung der Interpellation und auch für die Differenzierung des Begriffs Jugendgewalt danken. Die SP ist weitgehend zufrieden mit dieser Antwort, aber mit der Einschätzung ist sie nicht ganz einverstanden. Insbesondere, wenn man das Thema Jugendgewalt undifferenziert anschaut.

Michael Wacker möchte ein wenig untermalen, weshalb es zu dieser Interpellation gekommen ist: Er hat einmal einen Brief eines Mitbürgers erhalten, welcher sich über rechtsextreme Vorfälle beklagt hat und mit der Bitte, etwas zu unternehmen, an die SP gelangt ist. Weiter wurde am Tag vor der Medienmitteilung im Zofinger Tagblatt, also am letzten Montag, ein Leserbrief zum Thema Jugendgewalt publiziert. Hier stellt die SP einfach fest, dass zwischen der Wahrnehmung der Stadt bzw. des Stadtrates und jener in der Bevölkerung offenbar gewisse Differenzen bestehen.

Trotzdem hat die SP weitgehend Freude an dieser Beantwortung. Insbesondere hat sie Freude an den Zukunftsaussichten für die Heitere Box, aber auch an der Arbeit der mobilen Jugendarbeit. Weiter ist erfreulich, dass ab nächstem Jahr bei Vollbesetzung der Regionalpolizei auch die sicherheitspolizeilichen Aspekte zu diesem Thema berücksichtigt werden können.

Hr. Herbert H. Scholl, Stadtrat, hält fest, dass der Stadtrat die Phänomene der Jugendgewalt durchaus ernst nimmt. Und er bemüht sich, wie dies in dieser ausführlichen Interpellationsbeantwortung von verschiedenen Seiten dokumentiert wurde, um ein gutes Zusammenarbeiten von Prävention und Repression. Es gibt immer wieder Entgleisungen. Aber diese werden tatsächlich so beurteilt, dass sie nicht über das übliche Mass hinausgehen. Dies heisst aber nicht, dass der Stadtrat in seinen Präventionsanstrengungen (Heitere Box, Jugendarbeit) und auch in der Repressionsarbeit (Kontrolle durch die Polizei, Verwarnung der jungen Leute, welche sich nicht daran halten) nicht weiterfährt. Stadtrat Herbert H. Scholl glaubt, dass dies ein Dauerthema ist, und der Stadtrat ist für alle Hinweise, welche dieses Thema beleuchten, dankbar. Der Stadtrat ist gewillt, so wie er dies schriftlich in der Beantwortung dargelegt hat, in der kommenden Zeit weiterzufahren. Wenn Einwohnerrätinnen oder Einwohnerräte oder auch Leute aus der Bevölkerung, dem Stadtrat Hinweise geben, geht er diesen gerne nach.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Interpellanten sind mit der Beantwortung zufrieden.

Art. 111

GK 145

Postulat der SP-Fraktion vom 17. März 2008 betr. Erhöhte Sicherheit für Schulkinder ums Gemeindeschulhaus Zofingen (Begründung und Beantwortung)

Auch hier liegt die schriftliche Beantwortung des Stadtrates, in welcher er sich bereit erklärt, dieses Postulat entgegenzunehmen, vor.

Hr. Benno Riss ist froh, dass er sein erstes Referat zu diesem Thema halten darf. Erstens einmal war er selber ein unschuldiges Opfer eines Verkehrsunfalls beim Fussgängerstreifen GMS-Süd, und zweitens war er kürzlich polizeilicher Unfallzeuge, als ein Automobilist beim Rückwärtsfahren aus dem Parkplatz beim Schützenhaus eine ältere Velofahrerin auf dem Fussgängerstreifen angefahren hat. Zum Glück blieben beide Unfälle ohne gravierende Folgen.

Die SP-Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Die Tatsache, dass gegenwärtig nebst diesem Postulat noch mehrere Vorstösse aus der Bevölkerung zu diesem Thema hängig sind, zeigt, dass die Verbesserung der Sicherheit der Kinder nicht nur ein Anliegen der SP ist, sondern eine breite Abstützung in der Bevölkerung hat und einer schnellen und möglichst einfachen Lösung bedarf. Auch die Schulpflege ist in ihrem Schreiben an den Stadtrat einheitlich und deutlich der Ansicht, dass eine sofortige Verbesserung der Sicherheit erfolgen muss. Zum Beispiel durch die ausdrückliche Forderung der SP für die Aufhebung der Parkplätze bei der ROGA-Turnhalle, ein temporäres Fahrverbot für die Zufahrt zur ROGA-Turnhalle oder zusätzliche Fussgängerstreifen und die Definition der Eltern-Taxi-Halteplätze.

Weil die Antwort des Stadtrates bezüglich der eventuellen Massnahmen und der Termin für die Erledigung für die SP sowie die besorgten Eltern nicht befriedigend ist und das Anliegen scheinbar auch nicht richtig verstanden wurde, hat sich Benno Riss die Mühe gemacht, während einer Woche, jeweils zwischen 11.15 und 12.00 Uhr, die Verkehrs- und Parkplatzsituation vor der ROGA-Turnhalle zu beobachten und zu dokumentieren. Daraus resultierend kann er folgende Aussagen machen:

Das grösste Problem besteht im Bereich des Fussgängerstreifens GMS-Süd. Neben dem Normalverkehr und der momentanen Anwesenheit des Militärs gibt es 3 wesentliche Faktoren:

1. Die tollkühnen Velo- und Mopedfahrten der Schüler des Bezirksschulhauses. Dies kann kaum verbessert werden, ausser durch Massnahmen durch die Aufsichtsbehörde. Zum Beispiel Verkehrserziehung.
2. Der Eltern-Taxidienst. Abhängig vom Wetter hat Benno Riss im Bereich des Gemeindeschulhauses Süd in der beobachteten Zeit zwischen 4 und 12 Taxihalte gezählt. Wobei

diese ungefähr zur Hälfte vor der ROGA-Turnhalle oder beim Parkplatz beim Schützenhaus stattgefunden haben. Weil man die Taxifahrten nicht verbieten kann und auch nicht verbieten will, müssen diese Halteplätze dringend definiert werden. Zum Beispiel in der Schützenstrasse, beim Stadtsaal oder beim Gemeindeschulhaus West, im Bereich des Kiesplatzes.

3. Die zum Teil chaotischen Strassenquerungen durch die GMS-Schüler zu Fuss, mit dem Velo oder dem Trotinet. Dies kann nur durch eine mindestens temporäre Sperrung der ROGA-Zufahrt und einen Lotsendienst beim Fussgängerstreifen verbessert werden.

Benno Riss hat noch einige Anmerkungen zum Kommentar des Stadtrates auf das Postulat der SP-Fraktion:

Parkplätze ROGA

Die 10 Parkplätze sind nicht, wie in der Antwort des Stadtrates festgehalten, in der Mehrheit von Lehrpersonen besetzt, sondern sie waren entweder frei oder von Besuchern belegt. Eine Befragung der Lehrerschaft aller Stufen im Schulhaus hat zudem eine klare Zustimmung zur Aufhebung dieser Parkplätze ergeben. Für die Aufhebung der Parkplätze spricht ausserdem die Tatsache, dass in der näheren Umgebung jederzeit mehr als 50 freie Parkplätze zur Verfügung standen. Sogar am Monatsmarkt vom letzten Donnerstag hatte es immer noch mehr als 20 freie Parkplätze.

Verschiebung des Problems zum Schützenhaus bei einer Sperrung der Zufahrt zur ROGA-Turnhalle

Wie bereits erwähnt, haben die Beobachtungen von Benno Riss gezeigt, dass schon jetzt rund die Hälfte aller Taxis im Bereich der 6 Parkplätze beim Schützenhaus halten. Durch eine Sperrung der Zufahrt zur ROGA-Turnhalle würde die Situation natürlich gravierender werden beim Alten Schützenhaus. Dies hat auch ein Gespräch mit Taxifahrern ergeben. Gemäss deren Aussagen sind sie sich der Gefährlichkeit der Weg- und Zufahrt sowie des Wendens bewusst und würden einen definierten Halteplatz zu schätzen wissen.

Neuordnung des Parkregimes

Schon in der Begründung für den Rückzug der SP-Motion betr. Parkplatz- und Verkehrssituation an der letzten Einwohnerratssitzung wurde von der SP eine umfassende Analyse und Planung für den Verkehr in und um die Altstadt gefordert. Aber bis diese vorhanden sind und ein Zentrumsparking, ob Parking oder Oberflächenparkplätze, realisiert ist, vergeht zu viel Zeit. Ein Zuwarten kann wegen der gefährlichen Situation nicht mehr verantwortet werden. Aufgrund dieser absolut unproblematischen Parkplatzsituation im Bereich GMS, kann aus Sicht der SP sehr wohl eine so genannte isolierte Massnahme getroffen werden.

Markierung eines Fussgängerstreifens

Die Beobachtungen von Benno Riss haben gezeigt, dass ein neuer Fussgängerstreifen die Situation wahrscheinlich nicht wesentlich verbessern würde. Ehrlicherweise muss er auch zugeben, dass sogar seine Kinder immer irgendwo zwischen der Einmündung Schützenstrasse und dem Bezirksschulhaus die Strasse mit der nötigen Vorsicht überqueren. Die Kinder aber mittels eines Zaunes, welcher notabene höchstens 20 Meter lang sein könnte, zur Benützung des einzigen Streifens auf der Rogengartenstrasse zu bewegen, ist ziemlich illusorisch. Zusätzliche Strassenmarkierungen sind in der Lösungsfindung sicher mit einzubeziehen und müssen mit den kantonalen Stellen diskutiert werden.

Massnahmen zur Verringerung der Gefahr durch Taxi-Eltern

Dem Kommentar des Stadtrates kann nichts mehr beigefügt werden. Ausser, dass aus Sicht der SP die Halteplätze definiert, bezeichnet und natürlich den Eltern mitgeteilt werden müssten.

Gerne wartet die SP die Resultate aus den anstehenden Gesprächen mit dem Stadtammann und den Bittstellern aus der Bevölkerung ab. Anschliessend muss die Situation aber auf jeden Fall so schnell wie möglich entschärft werden. Die SP-Fraktion ist der Überzeugung, dass mit der neuen und kompetenten Leitung der Bauverwaltung eine rasche und sinnvolle Lösung gefunden werden kann. Es gibt schliesslich nichts Wichtigeres als die Sicherheit und Gesundheit der eigenen Kinder. Falls jemand Interesse hat, kann er die Fotos bei Benno Riss gerne anschauen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, dankt Benno Riss herzlich für diese Zusatzinformationen. Er hat angetönt, was der Stadtrat bei der Beantwortung ebenfalls bemerkt hat. Der Stadtrat hat bei diversen Bereichen (Bau und Umwelt, Regionalpolizei, Schulpflege) einen Mitbericht eingeholt. Der Stadtammann hat relativ rasch gemerkt, dass sich diese von den Bedürfnissen her zum Teil nicht decken. Schaut man die zusätzlichen Beobachtungen an, sind die Bedürfnisse der einzelnen Nutzenden nicht identisch. Dies merkt man auch an den Bedürfnissen der Eltern. Eltern von Kindergärtnern oder Primarschülern haben vehemente Forderungen, welche sie, wenn die Kinder 12 Jahre alt sind, in eine völlig andere Forderung umwandeln. Man kann die Eltern mit den 12-jährigen nicht strafen. Hier hätte der Stadtrat die grösste Mühe, Massnahmen einzuleiten.

Der Stadtammann ist sehr gespannt auf die bevorstehende Aussprache. Dort kommen Eltern und verschiedene Fachleute aus der Verwaltung zusammen. Man wird eine Bestandesaufnahme machen müssen. Es wird ganz schwierig sein, eine Lösung zu finden, bei welcher am Schluss alle das Gefühl haben „jawohl, das ist es“. Es hat auch sehr stark mit dem Verhalten der Eltern zu tun. Eigentlich sind die Wendemanöver und Verkehrsregeln klar, und die Eltern verstossen permanent dagegen. Man fährt nicht rückwärts auf eine Kantonsstrasse. Dies wird hingenommen, weil man Kinder bringt. Und gleichzeitig fährt man einfach überall durch, weil die „armen“ Kinder sich beeilen müssen, um in die Schule zu kommen. Hier wird es der Stadtrat extrem schwierig haben, eine Lösung zu finden. Und man kann nicht einfach sagen, die Behörden sollen schauen, dass etwas gemacht wird. Es hängt intensiv auch am Verhalten der direkt Betroffenen ab. Der Stadtammann möchte keine Hoffnungen wecken, aber der Stadtrat nimmt diese zusätzlichen Bemerkungen, welche garantiert wertvoll sein werden für die Bearbeitung dieses Postulats, selbstverständlich entgegen. Der Stadtammann muss aber bereits jetzt dämpfen, denn von der Problemlage her ist es nicht ganz so, dass eine erste, eine zweite und eine dritte Massnahme getroffen werden kann und nachher alle „Bravo“ rufen.

Fr. Patricia Kettner kann dem Stadtammann beipflichten. Verantwortung und Erziehung gehören auch dazu und nicht nur die Regelung durch die Stadt. Die Fraktionschefs haben noch ein Schreiben der Schulpflege erhalten, welches ganz klar einen Antrag enthält: „Die Schulpflege beantragt deshalb als Sofortmassnahme die Aufhebung dieser Parkplätze.“ Hat der Stadtrat hier bereits eine Meinung dazu. Für Patricia Kettner war es ein wenig komisch, dass vom Stadtrat eine Stellungnahme zur Interpellation kommt, und die Schulpflege noch eine nachreicht. Was steht hier dahinter? Der Stadtrat hat dieses Schreiben ebenfalls erhalten.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, wiederholt gerne, dass die Beantwortung bei ihm zusammengelaufen ist, weil diese von verschiedenen Bereichen gekommen ist. Eine Beurteilung der Regionalpolizei wurde eingefordert sowie eine des Bereichs Bau und Umwelt und der Schulpflege. Dies musste der Stadtammann dann zusammenfassen. Deshalb war für den Stadtrat, als er darüber diskutiert hat, klar, dass die Problematik umfassend abgeklärt werden muss, da die Stellungnahmen nicht zusammengepasst haben. Die einzelnen Abteilungen schauen dies von verschiedensten Seiten an. Die Schulpflege kann nicht beantragen, was für verkehrliche oder bauliche Massnahmen in der Stadt Zofingen eingeführt werden sollen. Dies ist schlicht nicht in ihrem Kompetenzbereich. Für die verkehrlichen Massnahmen ist ganz klar die Regionalpolizei zuständig und für die baulichen Massnahmen, auf Antrag des Bereichs Bau und Umwelt, der Gesamtstadtrat. Dies ist eine Stellungnahme, welche vom Stadtrat gewichtet werden muss.

Fr. Irma Jordi kann sich sehr gut daran erinnern, dass ein Vorstoss von Yolanda Senn Ammann eingereicht wurde. Sie ist sich allerdings nicht ganz sicher, ob letztes Jahr oder vorletztes Jahr. Bei diesem Vorstoss ging es um das genau gleiche Thema. Grundsätzlich möchte Irma Jordi

noch anfügen, dass es nie alle glücklich machen wird. Egal welche Massnahmen getroffen werden. Man muss Massnahmen treffen zur Sicherheit dieser Kinder, und nichts anderes. Es wird viele Leute geben, welche vielleicht die Faust im Sack machen oder was auch immer. Aber darüber muss man einfach stehen, da es um die Sicherheit der Kinder geht.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Vorsitzende lässt über die Überweisung des Postulates abstimmen:

Der Überweisung des Postulates wird mit 34:3 Stimmen zugestimmt.

Art. 112

Umfrage

Hr. Heinz Vöckt hält fest, dass heute Abend viel über die Attraktivitätssteigerung von Zofingen geredet wurde und dass man vermehrt Steuerzahler nach Zofingen holen möchte. Deshalb kann auch gesagt werden, dass die Stossrichtung „verdichtetes Bauen“ mit der Überarbeitung der Bau- und Nutzungsplanung angestrebt wird.

Die FDP-Fraktion hat im Jahr 2006 eine Interpellation eingereicht mit der Frage betr. Areal der ehemaligen Holzkonservierung; Visitenkarte Altlasten. Einerseits hat man keine Visitenkarte, denn es kommen nicht mehr Leute dorthin, als heute anzutreffen sind. Andererseits wäre dies ideales Bauland für Industrie- oder sonstige Nutzung.

Anderthalb Jahre sind vergangen, und man hat nichts mehr gehört. Heinz Vöck sagte bereits dazumal, er werde wieder nachfragen. Er bittet den Stadtrat um Auskunft.

Hr. Hansruedi Gilgen, Stadtrat, erklärt, dass der Stadtrat über die planungsrechtliche Behandlung dieses Areals noch nicht abschliessend beschlossen hat. Es ist denkbar, dass das Areal, welches heute vollständig in der Industriezone steht, einer Zone zugewiesen wird, auf welcher mindestens in Teilbereichen allenfalls auch Wohnnutzungen möglich sein könnten. Dies wurde andiskutiert.

Was die jetzige Nutzung anbelangt, ist sich der Stadtrat mit dem heutigen Grundeigentümer einig, dass dies an sich eine Optimierung des Ist-Zustandes ist, welche der Grundeigentümer anstrebt oder angestrebt hat. Dies ist alles mehr oder weniger schleichend entstanden, weil dort praktisch keine bewilligungsfähige Nutzung möglich ist, da das Areal zum heutigen Zeitpunkt nicht genügend erschlossen ist.

Die Erschliessung wurde so aufgegleist, dass die anstossenden Grundeigentümer auf privatrechtlicher Basis zum Teil ziemlich stolze 6-stellige Beträge bzw. der HKZ-Besitzer sogar einen 7-stelligen Betrag in die Hand nehmen, um dieses Areal zu erschliessen und die Strasse auszubauen. Es ist aber nicht nur der Besitzer des HKZ-Areals, dies reicht von der Siegfried AG bis hinunter zum Gebiet, in welchem die Firma Müller Martini noch Flächen besitzt.

Zu Lasten der Stadt wird der Wässermattenweg, also der Zubringer für die Untere Brühlstrasse, ausgebaut. Dann ist dieses Areal auch planungsrechtlich nutzbar. Der Stadtrat ist mit dem Grundeigentümer intensiv im Gespräch, um ihm klarzumachen, was für Vorstellungen er für die künftige Nutzung des Areals hat. Bestimmt nicht jene, welche heute stattfindet.

Die Vorsitzende hat die Aufgabe, Christoph Dombrowsky aus dem Einwohnerrat zu verabschieden. Heute ist seine letzte Sitzung.

Christoph Dombrowsky ist seit dem 1. Januar 2005 für die EVP in der Fraktion der Dynamischen Mitte im Einwohnerrat. Kurz darauf, am 14. März 2005, wurde er in die Geschäftsprüfungskommission gewählt. Seit dem 1. Januar 2006 ist er Mitglied der FGPK, und seit dem 1. Januar 2007 vertritt er die FGPK in der Einbürgerungskommission.

Christoph Dombrowsky hat man als schnell denkenden, sozial denkenden und auch pragmatischen Politiker erlebt. Er hat seine festen Überzeugungen, wie man dies gerade heute Abend wieder sehen konnte, und war immer gesprächsbereit. Wobei die Gesprächsbereitschaft bei einem Politiker nicht unbedingt etwas Aussergewöhnliches ist. Aber was ihn auszeichnet hat, er kann auch zuhören. Christoph Dombrowsky hat in seiner Fraktion Akzente gesetzt, seine Meinung war wichtig, auch hier im Einwohnerrat. Die Fraktion verliert ihn ungerne.

Zu den Gründen, weshalb er bereits nach dreieinhalb Jahren aus dem Einwohnerrat austritt, wird Christoph Dombrowsky anschliessend selber noch etwas sagen. Die Nachfolgeregelung ist am Laufen. Die Vorsitzende dankt Christoph Dombrowsky an dieser Stelle ganz herzlich für seinen wertvollen, wenn leider auch etwas kurzen, Einsatz und wünscht ihm auf seinem beruflichen und privaten Lebensweg alles Gute.

Die Vorsitzende bittet Christoph Dombrowsky nach vorne zur Überreichung des verdienten Abschiedsgeschenkes.

Hr. Christoph Dombrowsky bedankt sich vielmals und bemerkt, dass er jetzt zum letzten Mal von dieser Seite redet. Eigentlich wollte er an seiner letzten Sitzung nichts zu seinem Rücktritt sagen. Aber seine Mutter hat ihm dann gesagt, dass, wenn er jetzt nicht erkläre, weshalb er aufhört, die Einwohnerratsmitglieder meinen, er sei verärgert über sie und mache einen sauren Kopf wegen der Absage des Doppelpräsidiums der FGPK.

Christoph Dombrowsky kann dem Einwohnerrat versichern, dass dies nicht der Grund ist, weshalb er aufhört. Als er sich dazumal für dieses Präsidialamt zur Verfügung stellte, war dies ein wenig die Flucht nach vorne. Eigentlich merkte er dann schon, dass er sich im politischen Betrieb nicht mehr wohl fühlt. Heute weiss er, weshalb und ist nach wie vor überzeugt, dass die Entscheidung, sein Amt zur Verfügung zu stellen, richtig war. Auch wenn es ihm nicht ganz leicht fällt und er die Arbeit mit dem Einwohnerrat und in den Kommissionen vermissen wird.

Es wurde ihm aber immer bewusster, dass er nicht so denken kann, wie dies beim politischen Arbeiten nötig ist. Von seinem Studium her ist er sich gewohnt, Probleme nach ganz grundlegenden Prinzipien auseinander zu nehmen. Kommt dazu, dass es dann meistens nur eine Lösung gibt, und über diese muss man sich nicht streiten. In der Politik ist dies natürlich ganz anders. Hier kann man nicht auf seinen Prinzipien beharren, man muss in Graustufen denken können, und der Mut dazu fehlt ihm.

Christoph Dombrowsky möchte nicht länger Entscheidungen zustimmen, hinter welchen er nicht stehen kann, um Entscheidungen zu verhindern, welche er noch weniger vertreten kann. Er glaubt, dass es deshalb besser ist, dies jenen zu überlassen, welche den nötigen Mut dazu haben. Im Übrigen ist er überzeugt, dass sein Nachfolger ihn mehr als nur ersetzen wird.

Zum Schluss möchte er sich beim Einwohnerrat, bei den Kommissionsmitgliedern der FGPK und der Einbürgerungskommission, beim Stadtrat und bei der Verwaltung dafür bedanken, dass er von Anfang an, trotz mangelnder Erfahrung und seinem jungen Alter, als vollwertiges Mitglied im politischen Betrieb akzeptiert und unterstützt wurde. In dieser Hinsicht gilt ein ganz besonderer Dank Yolanda Senn Ammann, Hans-Martin Plüss, Rolf Moor, Mirella Bär, Stadttammann Hans-Ruedi Hottiger und Finanzverwalter René Küng.

Christoph Dombrowsky wünscht allen weiterhin viel Erfolg und viel Erfüllung in ihren wichtigen Ämtern.

Schluss der Sitzung: 19.58 Uhr

Für getreues Protokoll:

DIE RATSPRÄSIDENTIN


Käthi Hagmann

DER PROTOKOLLFÜHRER


Arthur Senn